



INFORMATIONEN FÜR MEDIENSCHAFFENDE

Kampagne Nationalratswahlen 2023 der
Jungen Grünen Schweiz

Lancierung am 16. August 2023 um 09:30, Livestream

INHALT

Medienmitteilung	2
Rednerinnen	4
Redebeiträge	6
Manifest - 12 Forderungen	13

MEDIENMITTEILUNG

Junge Grüne lancieren ihren Wahlkampf in Bitsch, La Chaux-de-Fonds und beim Rhonegletscher

Mit Berichten aus von Extremwetterereignissen betroffenen Schweizer Regionen lancierten die Jungen Grünen Schweiz heute Mittwoch, den 16. August, ihre Kampagne für die Nationalratswahlen. Diese steht unter dem Motto “Keine Zeit für kleine Schritte” und fordert ein radikales Umdenken in der Schweizer Politik ([Pressebilder](#)).

Dieser Sommer war einmal mehr von alarmierenden Extremwetterereignissen geprägt, die der Klimakrise geschuldet sind. Ein Waldbrand in Bitsch, ein Downburst in La Chaux-de-Fonds und die stetig schmelzenden Gletscher in den Alpen: Die Folgen der Temperaturerhöhung richten auch in der Schweiz katastrophale Schäden an. Die kommende Legislatur wird darüber entscheiden, ob die Schweiz bis 2030 CO2-neutral sein wird und damit das von ihr unterzeichnete Pariser Klimaabkommen einhält. Als wähler*innenstärkste Jungpartei möchten sich die Jungen Grünen künftig auch im Parlament für einen klimagerechten Wandel einsetzen.

Doch die Klimakrise hat nicht nur Extremwetterereignisse in der Schweiz zur Folge. So ist der Globale Süden viel stärker von den ansteigenden Temperaturen betroffen, viele Menschen müssen deshalb flüchten und Frauen sind von deren Folgen oft mehr betroffen. Um diesem Aspekt Rechnung zu tragen, verfolgt die Jungpartei mit ihren drei Kernthemen Umwelt und Klima, intersektionaler Feminismus und internationale Verantwortung einen intersektionalen Ansatz. Dazu hat die Jungpartei ein [Manifest mit 12 Forderungen](#) für die Nationalratswahlen verabschiedet.

Insgesamt treten über 200 junggrüne Kandidat*innen aus neunzehn Kantonen zu den Nationalratswahlen an. Bei der Aufstellung der Listen trug die Jungpartei insbesondere der Diversität Rechnung: von jungen Frauen und nonbinären Kandidaturen an Spitzenplätzen, zu sogar ungültigen [Kandidaturen mit Minderjährigen und Menschen ohne Schweizer Pass](#). In Schaffhausen und der Waadt kandidieren ausserdem Mitglieder der Jungen Grünen für den Ständerat. Zudem stellt die Jungpartei in verschiedenen Kantonen Kandidat*innen auf äusserst aussichtsreichen Listenplätzen der GRÜNEN.

Kontakte:

- Magdalena Erni
Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz
079 488 37 15
magdalena.erni@jungegrueene.ch

- Vera Becker
Generalsekretärin Junge Grüne Schweiz
079 937 63 05
sekretariat@jungegrueene.ch

REDNERINNEN

Magdalena Erni

Magdalena Erni ist 19 Jahre alt, kommt aus Thun und ist seit Januar 2023 Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz. Sie hat im Sommer 2022 ihre Matura abgeschlossen und studiert ab September im dritten Semester Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern. Seit Herbst 2020 ist sie aktives Mitglied der Jungen Grünen Schweiz, zuerst im Co-Präsidium der kantonbernischen Sektion, später zusätzlich auch im nationalen Vorstand und der Kerngruppe für die nationalen Wahlen. Für die Nationalratswahlen kandidiert ist auf einem Spitzenplatz der Liste der Berner GRÜNEN. Im Zentrum von Magdalenas Engagement liegt der Einsatz für eine gerechte Schweiz, die ihren Beitrag zum 1,5°-Ziel des Pariser Klimaabkommens leistet.

Margot Chauderna

Margot Chauderna ist 28 Jahre alt und wurde im August 2022 als Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz gewählt. Sie lebt in Freiburg, nachdem sie ihre Kindheit im Kanton Waadt verbrachte. Sie absolvierte ein zweisprachiges Bachelorstudium in Biologie an der Universität Freiburg sowie ein Masterstudium in Soziologie an der Universität Genf. Sie engagiert sich seit Herbst 2020 bei den Jungen Grüne Freiburg und ist seit Anfang 2022 Mitglied des Generalrats der Stadt Freiburg. Sie ist zudem Vizepräsidentin der Schweizerischen GRÜNEN und ist Mitglied der Geschäftsleitung der Partei. Ihre Kämpfe drehen sich um Fragen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit. Sie setzt sich für eine demokratischere, nachhaltigere, solidarischere und feministischere Schweiz ein.

Noemi Buzzi

Noemi Buzzi ist 29 Jahre alt und im Tessin, in der Region Locarno, aufgewachsen. Vor kurzem hat sie ihr Studium an der Universität Zürich abgeschlossen, zuerst mit einem Bachelor in Skandinavistik und Filmwissenschaft und dann mit einem Master in Filmwissenschaft. Sie ist seit fast vier Jahren Mitglied der Jungen Grünen, im Vorstand der Junge Grüne Tessin sowie deren Co-Präsidentin, und vertritt die Jungen Grünen in der Geschäftsleitung der GRÜNEN Tessin. Auf nationaler Ebene gehört sie der Geschäftsleitung der Jungen Grünen Schweiz an. Als junger Mensch meint sie, dass es die Pflicht ihrer Generation, aber auch ihr Recht ist, visionäre und utopische Forderungen zu stellen, die einen konkreten Wandel in der Art und Weise, wie Politik gemacht wird, bewirken können. Ihre Leitmotiv ist: "Handeln wir jetzt gemeinsam für einen radikalen und systemischen Wandel hin zu einer feministischen, queeren und intersektionalen Gesellschaft!"

Gaëlle Valterio

Gaëlle Valterio ist 25 Jahre alt und arbeitet als Juristin an der Universität Lausanne, wo sie momentan ihre Doktorarbeit schreibt. Sie kommt aus Bex (Waadt), wo sie Präsidentin des Gemeinderats (Legislative) ist. Seit Dezember 2022 engagiert Gaëlle sich als Co-Präsidentin bei den Jungen Grünen Waadt, weshalb sie seit Juni 2023 auch im Vorstand der Grünen Waadt ist. Ihr Leitmotiv ist “Retraites, climat : même combat ! (Renten, Klima : derselbe Kampf). Gaëlle engagiert sich für eine solidarische Schweiz, die “die Stärke seines Volkes am Wohl der Schwachen sich misst” (Präambel der Bundesverfassung). Dieser Kampf hat jedoch nur dann einen Sinn, wenn man auch für einen lebenswerten Planeten kämpft.

Ema Savic

Ema Savic ist seit knapp drei Wochen 20 und kommt aus Wettingen. Im September beginnt sie mit dem zweiten Jahr des Humanmedizinstudiums an der Universität Zürich. Schon seit mehreren Jahren engagiert sich Ema bei den Jungen Grünen und ist im Aargau auch Teil ihres kantonalen Vorstands. Neben ihrem Medizinstudium ist sie Einwohnerrätin in Wettingen und vertritt die Jugend ihrer Gemeinde in der Mobilitätskonferenz (MoK) für Baden und Umgebung. Persönlich liegt Ema vor allem eine umweltfreundlichere und – bewusstere Zukunft mit sozialer Gerechtigkeit am Herzen. Sie ist überzeugt, dass wir zusammen in unserer Gesellschaft noch Vieles erreichen und bewirken können.

REDEBEITRÄGE

Magdalena Erni und Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

Wenn ich morgens die Zeitung lese, dann wird mir Angst und Bange. Antifeministische Rückschläge, der extreme Kaufkraftverlust, der wirklich vielen zu schaffen macht, und die unaufhaltsame Temperaturerhöhung der letzten Jahre und Jahrzehnte: Um nur wenige Krisen zu nennen, die uns momentan zu schaffen machen. Bei diesen National- und Ständeratswahlen, ja, da steht vieles auf dem Spiel. Es geht darum, wie wir endlich dieser Umverteilung von unten nach oben ein Ende setzen. Es geht darum, dass in der Schweiz, im reichsten aller Länder, alle Menschen ein Leben in Würde führen können. Und es geht darum, dass wir einen gerechten Beitrag zum 1.5°-Ziel und dem Pariser Klimaabkommen leisten. Wir haben noch genau diese Legislatur Zeit dafür. Die Zeit drängt!

Und wir, die Jungen Grünen, möchten beim Lösen all dieser Probleme nicht nur zuhören, laut sein auf den Strassen oder eben, morgens in der Zeitung erfahren, was gestern entschieden wurde. Nein, wir möchten mitsprechen, mitdiskutieren, verhandeln und dabei sein, wenn Lösungen gesucht und gefunden werden, wie wir doch noch rechtzeitig netto null erreichen oder welche Massnahmen wir dem Kaufkraftverlust entgegensetzen.

Unser Ziel ist einfach: Wir wollen ein gutes Leben für alle. Deshalb kämpfen wir für soziale Gerechtigkeit, eine offene Gesellschaft, Frieden und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Doch aktuell stecken wir mitten in einer Mehrfachkrise – Klimakatastrophe, Biodiversitätsverlust, soziale Ungleichheit, antifeministische Rückschläge und das Erstarken der Rechtsextremen - die sich täglich verschlimmert. Die letzten Jahre waren geprägt von einer bürgerlichen Politik der Blockade. Profite und der Erhalt der heutigen Machtverhältnisse wurden über das Wohl der Menschen gestellt. Banken, Konzerne und Milliardär*innen machen riesige Gewinne, während immer mehr Menschen in Armut leben. Wir haben genug: Unsere Generation nimmt das nicht mehr länger hin! Die Jungen Grünen Schweiz wollen konsequenten Umweltschutz, eine feministische Gesellschaft, die Diskriminierungen intersektional bekämpft, und die Übernahme von Verantwortung und Umverteilung auf internationaler Ebene. Für dich, für uns, für ALLE. Eine gerechtere Gesellschaft ist wählbar.

Margot Chauderna Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

Aujourd'hui marque le début de la campagne jeune verte pour les élections fédérales. Aujourd'hui, nous sommes plus de 200 à nous lancer dans une course commune pour accéder au Parlement. Mais pourquoi faisons-nous cela ?

Premièrement, parce que le temps presse. Nous le savons : les élections fédérales de 2023 décideront de si nous pouvons encore freiner la crise climatique et envisager de vivre dans une société inclusive et solidaire. La science montre clairement que pour renverser la tendance, il faut un changement structurel profond et radical de notre société MAINTENANT. C'est pourquoi les élections de 2023 doivent marquer un tournant.

Deuxièmement, parce que nous sommes le futur. Les jeunes sont massivement sous-représenté·e·x·s au parlement national, alors que nous serons excessivement touché·e·x·s par les décisions d'aujourd'hui. Sans les perspectives des jeunes générations, aucun changement juste n'est possible. Nous nous battons pour notre futur.

Troisièmement, nous sommes là pour incarner le changement. En Suisse, la population est loin d'accepter en silence l'injustice et la violence de notre monde. Les mouvements féministes, la grève du climat, Black Lives Matter et les manifestations pour la paix le montrent : les gens veulent un changement et sont prêt·e·x·s à se battre pour cela... Les Jeunes Vert·e·x·s Suisse défendent les revendications de ces mouvements dans la politique institutionnelle.

L'urgence d'agir pour contenir la crise climatique et environnementale est sous nos yeux. Des températures dépassant les 50 degrés, des milliers de feux de forêt à travers le monde entier. Mais l'urgence se fait aussi ressentir chez nous. Notre maison brûle, aussi en Suisse.

C'est la raison pour laquelle nous allons suivre trois interventions externes de candidates jeunes vertes dans trois lieux récemment devenus emblématiques des effets du dérèglement climatique dans notre pays. Nous irons donc d'abord à Bitsch en Haut-Valais, où un incendie de forêt a fait rage durant 3 semaines fin juillet. Nous partirons ensuite à La Chaux-de-Fonds dans le canton de Neuchâtel, ville qui a subi une rafale descendante dévastatrice il y a peu et dont les toits sont encore en réparation. Enfin, nous finirons au glacier du Rhône, en écho à la fonte exponentielle de nos glaces alpines, qui ont perdu environ 36% de leur volume depuis 2001.

Nos 3 intervenantes et candidates nous parleront des sujets phares de notre campagne : la protection de l'environnement bien entendu, mais aussi le féminisme et la solidarité internationale.

Noemi Buzzi

Kandidatin Junge Grüne Tessin

Aus Bitsch

In diesem Sommer der Klimakatastrophen brach in Bitsch im Wallis vor fast einem Monat ein heftiges Feuer aus, das 100 ha Wald, ungefähr die Fläche von 140 Fussballfeldern, in Brand setzte. Es wird mindestens ein Jahrhundert dauern, bis sich der Wald vollständig erholen kann.

In der Schweiz entstehen jedes Jahr über 100 Waldbrände, die aber nur dann in die Schlagzeilen geraten, wenn sie eine beträchtliche Grösse erreichen. Doch überall brennen so viele kleine Feuer, die langsam zu verglühn, bis sie in wütenden Feuersbrünsten ausbrechen. Wie im Fall der geschlechtsspezifischen Gewalt, die, ähnlich wie die Glut, auf den ersten Blick unsichtbar ist, aber bereit ist, sich zu manifestieren und mit erschreckender Häufigkeit in gewalttätige Brände auszubrechen. Alle zwei Wochen gibt es in der Schweiz einen Feminizid, jede Woche überlebt eine Person einen Mordversuch aufgrund ihres Geschlechts. Allein im Jahr 2023 gab es bisher 12 Feminizide, das jüngste am 3. August in Monthey im Wallis. Es handelt sich um ein strukturelles und transversales Phänomen, bei dem Gewalt normalisiert beziehungsweise gerechtfertigt wird, was zu einer toxischen Kultur führt, die dazu neigt, schwerwiegende Aggressionsakte gegen geschlechtliche Minderheiten zu verharmlosen oder gar zu ignorieren.

Die Klimakrise überschneidet sich mit bereits bestehenden Hierarchien und Ungleichheiten und trifft die am meisten gefährdeten Menschen am stärksten: Frauen und geschlechtsspezifische Minderheiten sind die ersten, die unter Umweltzerstörung leiden. Unsere Beziehung zur Natur beruht auf den Prinzipien von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung, wobei die Abwertung und Kommodifizierung sowohl der Menschen als auch der natürlichen Ressourcen vorherrschen. Konzepte, die in einer neoliberalen Gesellschaft, in der der fossile Kapitalismus vorherrscht, die historische und soziale Behandlung von geschlechtlichen Minderheiten durch das Patriarchat teilen.

Durch den Androzentrismus wurde die Pflegearbeit in den häuslichen Bereich und auf das weibliche Geschlecht beschränkt, was sie zu einer unterbewerteten und prekären Aufgabe macht, sowohl in sozialer als auch in beruflicher Hinsicht. Sie gilt aber nicht nur für den Menschen, sondern auch für die Natur und die Umwelt. Die Fähigkeit der Natur, Leben zu erhalten und sich zu erneuern, ist eine Grundvoraussetzung (so genannte systemische Leistungen) für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Eine Verschlechterung der Umwelt bedeutet auch, dass wir die Auswirkungen unseres derzeitigen Handelns auf die gegenwärtige und künftige Bevölkerung vernachlässigen. Unser Planet sollte nicht als selbstverständlich angesehen werden, aber auch die Menschen sollten dies nicht.

Seit fast 50 Jahren haben Frauen auf Bundesebene das aktive und passive Wahlrecht, d.h. sie sind als vollwertige Bürgerinnen anerkannt. In einigen Kantonen erhielten sie diese Rechte sogar noch später. Andere europäische Länder um uns herum waren viel schneller, auch mit der Legalisierung der Abtreibung, der Einführung des Mutterschafts- oder Elternurlaubs und der Kriminalisierung der geschlechtsspezifischen Gewalt. Seit fast 40 Jahren ist die Gleichstellung der Geschlechter in der Verfassung verankert, beim derzeitigen Tempo wird es noch mindestens 130 Jahre dauern, bis sie Wirklichkeit wird. Die Fortschritte geschehen in geringem Ausmass und sehr langsam.

Deshalb müssen die Bemühungen zur Beseitigung von Vorurteilen, Geschlechterstereotypen und patriarchalischen Einstellungen in der Schweizer Gesellschaft verstärkt werden, wobei insbesondere die Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt und Sexismus zu berücksichtigen ist. In dieser Hinsicht gibt es also noch viel zu tun, und zwar auf allen Ebenen. Als Junge Grüne

fordern wir, dass Abtreibung aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wird, dass Verhütungsmittel für alle Menschen kostenlos sind, dass alle Formen von Diskriminierung beseitigt werden und dass das Geschlecht aus dem Zivilstandsregister gestrichen wird. Die Schnittmenge von sozialer und Klimagerechtigkeit sind untrennbare Elemente für eine faire und wirklich nachhaltige Gesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes

Gaëlle Valterio

Kandidatin Junge Grüne Waadt

Aus La Chaux-de-Fonds

Je suis ici à la Chaux-de-Fonds où, une fois de plus, nous pouvons constater que le dérèglement climatique est aujourd'hui une réalité. En Suisse aussi, les conséquences de l'accélération du réchauffement climatique nous rattrapent. La tornade dévastatrice qui a touché la Chaux de Fonds il y a quelques semaines en est un bien triste exemple. Face à de tels dommages personnels et matériels, plus que jamais, la mise en œuvre des valeurs de l'entraide et de la solidarité sont nécessaires. Cette nécessité est palpable : sans l'aide de nombreux organismes et citoyennes, il serait impossible pour celles qui ont tout perdu de retrouver une vie digne.

En ce sens, il est vital que la Suisse prône et réalise ces valeurs, dans le cadre des crises tant climatiques que sociales. Ces dernières, multiples, ne s'arrêtent pas aux frontières nationales. Pour preuve, dans de nombreuses régions, l'augmentation des phénomènes météorologiques extrêmes entraîne des migrations de personnes en détresse. Hawaii risque d'être l'exemple le plus immédiat de cette horrible réalité.

Ces crises globales nécessitent intrinsèquement des solutions à large échelle. Toutefois, alors qu'une coopération internationale s'impose, la Suisse s'isole de plus en plus. Et lorsqu'elle collabore avec l'étranger, c'est pour armer les frontières extérieures de l'Europe, rendant la migration des personnes dont la vie est déjà menacée dans leur pays d'origine une nouvelle entreprise mettant leur vie en péril. A l'inverse, aujourd'hui, la Suisse devrait collaborer avec ses voisins pour mettre fin aux camps de réfugiées aux frontières extérieures de l'Europe, où les conditions de vie sont inhumaines. Elle devrait également œuvrer à la création de voies de fuite sûres. Ainsi, elle accomplirait son devoir d'aider ces personnes dans le besoin, auxquelles nos inactions face au dérèglement climatique ont tout enlevé, comme le stipule le Préambule de notre propre Constitution « dans un esprit de solidarité et d'ouverture au monde ».

Par ailleurs, la Suisse doit plus largement veiller au respect des valeurs de l'entraide et de la solidarité partout où elle opère, y compris de manière indirecte. Tel est notamment le cas des filiales des nombreuses multinationales dont le siège se trouve en Suisse. Ces filiales - situées dans le monde entier - commettent régulièrement de graves infractions à l'encontre des droits humains et de l'environnement, sans grand risque de sanction. Ceci n'est plus admissible : la Suisse doit

adopter des normes efficaces pour veiller au respect et à la dignité des personnes et des terres qu'elle emploie, qu'importe où ces dernières se trouvent.

Enfin, en tant que pays hôte de nombreuses organisations internationales, la Suisse doit jouer un rôle actif dans la réalisation de réseaux de solidarité et d'entraide à large échelle. Dans ce cadre, elle doit promouvoir la coopération internationale et la paix. A nouveau, afin d'atteindre une paix globale, la protection de l'environnement doit être une priorité, car le lien entre les ressources naturelles, les conflits et la paix est indéniable.

Pour une Suisse qui met en œuvre le Préambule de sa Constitution, à savoir « que la force de la communauté se mesure au bien-être du plus faible de ses membres », en aidant les personnes en détresse et en s'engageant activement pour la paix, votez Jeunes vert-exs le 22 octobre !

Ema Savic

Kandidatin Junge Grüne Aargau
Auf dem Rhonegletscher

Ich sitze hier beim wunderschönen Rhonegletscher und atme die erfrischende Luft ein. Ein gemischtes Gefühl von Wohlbehagen und Sorge herrschen in mir, denn die Gletscher in unserem Land und auf der Welt sind von der Klimaerwärmung besonders betroffen. Es liegt nun an uns allen, diese Natur hier zu bewahren und zu retten, sodass auch die nächsten Generationen diese Luft und diesen Ausblick geniessen dürfen, so wie ich das jetzt tue.

Obwohl der Gletscher ein sehr eindrückliches Beispiel der fortschreitenden Klimaerhitzung darstellt, geht es hier um so viel mehr als dieses Wahrzeichen alleine. Umweltschutz ist untrennbar mit der sozialen Gerechtigkeit verknüpft. Umweltkrisen wie die Klima- oder Biodiversitätskrise treffen finanziell benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärker als privilegierte Schichten. Dürren, Wasserverschmutzung oder der Verlust der Artenvielfalt, um nur einige zu nennen, haben dramatische Folgen für die Landwirtschaft und die Biodiversität. Die Ressourcenknappheit führt zu steigenden Preisen, was erneut insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen schwer trifft.

2022 wurde 52.8% unseres Stroms in der Schweiz durch Wasserkraftwerke und 7.7% durch diverse erneuerbare Energien erzeugt. Das ist für mich ein schönes und positives Resultat, vor allem wenn man unseren Fortschritt in diesem Bereich während den letzten 20 Jahren betrachtet. Nun, so gut dieser Fortschritt auch ist, er reicht nicht. Wir müssen noch weitergehen:

Rechtlich bindende Reduktionsziele des Finanzsektors, allgemeine Effizienzmassnahmen, Förderung von biologisch basierten Baumaterialien, Projekte zur Reduktion von Lebensmittelabfällen. Andere Massnahmen werden unser Leben spürbar verbessern: Nachhaltige Siedlungspolitik, Arbeitszeitverkürzung, Garantiefrieten gegen geplante Veralterung von Elektronikgeräten. Wie dieser Wandel schlussendlich aussehen wird, bestimmen wir als Gesellschaft.

Auf diese Weise ist eine ökologische Wende und somit ein wichtiger Schritt zum Erreichen unserer Netto-Null-Ziele möglich. Nach dem Pariser Klimaabkommen müssen wir nämlich bis 2030 einen Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern haben, um eine Erhöhung von mehr als 1.5° zu verhindern. Diese Forderung haben wir aufgrund ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit auch auf unserem Manifest für die Nationalratswahlen als ersten Punkt gesetzt. Es ist entscheidend, dass alle verstehen, wie gefährlich die Klimaerhitzung ist, dass es jedoch noch nicht zu spät ist, wenn wir jetzt handeln und die richtigen Entscheidungen treffen.

Vor zwei Jahren haben wir dazu unsere Umweltverantwortungsinitiative lanciert. Sie fordert, dass die Schweizer Wirtschaft künftig die planetaren Grenzen nicht mehr überschreiten darf. Die Behandlung dieser Initiative im nationalen Parlament und die darauffolgende Volksabstimmung wird elementar sein in der kommenden Legislatur.

Denn nur eine Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen kann längerfristig und nachhaltig bestehen. Keine quick-fixes mehr, kein Aushalten und Erschöpfen unserer letzten Ressourcen. Jetzt ist die Zeit für eine Wende.

Wenn ich die Resultate der letzten nationalen Abstimmungen vom 18. Juni betrachte, in denen das Klima- und Innovationsgesetz schweizweit zu 60% angenommen wurde, dann gibt mir das Hoffnung, denn es zeigt, dass wir nach vorne blicken und die Klimakrise ernst nehmen.

Indem ihr eure Stimme im Oktober an uns gibt, setzt ihr euch für eine grünere Welt ein und wir garantieren euch, unsere Klimaziele vehement zu verfolgen und uns mit all unseren Ressourcen für die Zukunft des Klimas, der Menschen und der Gletscher einzusetzen.

Magdalena Erni und Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

Ja, ihr merkt, an Problemen, die es zu lösen gilt, mangelt es uns leider nicht. Doch für eine erfolgreiche und sichtbare Kampagne, um dagegen anzukämpfen, brauchen wir auch Geld. Und wir, wir werden weder von Öllobbyist*innen noch von Banken unterstützt. Deshalb lancieren wir hier nicht nur unsere Kampagne für die Nationalratswahlen, sondern auch gleich ein Crowdfunding. Unser Ziel: In den nächsten vier Wochen 25'000 Franken zu sammeln. Tönt nach viel? Vielleicht. Doch das ist nicht mal 1.% des Wahlkampfbudgets der SVP. Nun sind wir auf Sie alle angewiesen. Unterstützen auch Sie unseren Einsatz für eine bessere Welt!

Ausserdem ist seit heute Morgen auch unsere Website aufrufbar. Lernen Sie dort unsere über 200 Kandidat*innen aus der ganzen Schweiz kennen oder lesen Sie sich in unsere Kernthemen ein.

Ein weiteres Element unserer Kampagne, das ist unser Manifest, unser Wahlprogramm.

Ausgearbeitet von und mit unseren Mitgliedern. Wir haben bei Workshops diskutiert, was unsere Lösungen sind für die Probleme unsere Zeit. Wir haben in den Kantonalsektionen versucht, diese aufs Wesentliche zu reduzieren. Und wir haben schliesslich an einer dreistündigen Vorstandssitzung über 59 Anträge unserer Mitglieder befunden.

Und nun, endlich, können wir Ihnen das Ergebnis dieses langen und partizipativen Prozesses vorstellen:

1. Netto-Null und Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis 2030
2. 100% nachhaltige Landwirtschaft
3. Antikapitalistische Wirtschaft
4. Konzernverantwortung jetzt
5. Bedingungslose Existenzsicherung
6. 24-Stunden-Woche
7. Bürger*innenrechte für alle
8. Bürger*innenrat statt Ständerat
9. Abschaffung Geschlechtseintrag
10. Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung
11. Offene Grenzen für alle Menschen
12. Kostenloser Zugang zu Verhütung und Abtreibung

Sie sehen: Wir Jungen Grünen, wir sind bereit. Wir haben die Lösungen, wir haben die Kandidat*innen und ja, wir haben den Willen, wirklich etwas zu verändern, denn: Die Zeit der kleinen Schritte, die ist vorbei!

Margot Chauderna Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

Vous l'avez entendu : nous lançons aujourd'hui non seulement notre campagne, mais aussi un site électoral, un manifeste composé de 12 revendications concrètes, un crowdfunding pour récolter 25'000 francs, ainsi que notre participation à l'application de mobilisation des Vertes "Avanti verdi". Les Jeunes Vert·e·x·s sont paré·e·x·s pour défendre leur projet de société écologique, féministe et solidaire au Parlement. Et en nombre !

221 candidat·e·x·s jeunes vert·e·x·s à travers toute la Suisse. Un nombre record de femmes en tête de liste. Des candidatures non binaires, aussi en tête de liste. Des profils divers, encore trop rares au Parlement, dont nous voulons porter les voix.

2 candidatures aux Etats. L'une défendue par Angela Zimmermann dans le canton de Vaud, l'autre portée par Lisa Brühlmann dans le canton de Schaffhouse.

Mais aussi, 16 candidatures jeunes vertes très bien placées sur les listes du parti-mère des VERT-E-S, avec notamment Magdalena Erni dans le canton de Berne, Meret Grob dans le canton de St-Gall, et moi-même dans le canton de Fribourg.

Cette législature est la dernière pour changer de cap.

Nous voulons un Parlement plus jeune, plus varié, plus démocratique. Un Parlement qui prenne enfin ses responsabilités pour nous assurer un futur, à nous comme à la planète. Un Parlement qui nous représente.

Nous revendiquons une Suisse féministe qui ne tolère plus les violences et les discriminations. Une Suisse solidaire qui prend ses responsabilités à l'international et accueille les personnes qui ont besoin de s'y réfugier. Une Suisse durable qui respecte les limites planétaires et nous garantit un futur où il fera bon vivre.

Voilà le monde pour lequel nous nous engageons. Aujourd'hui 16 août 2023, nous pouvons l'affirmer : les Jeunes Vert·e·x·s sont prêt·e·x·s. Car comme nous le rappelons avec notre slogan de campagne : Demain. se décide. aujourd'hui.

MANIFEST - 12 FORDERUNGEN

1. Netto null und Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis 2030

Um einen gerechten Beitrag zur Einhaltung der 1,5°-Grenze gemäss Pariser Klimaabkommen zu leisten, darf die Schweiz bis 2030 unter dem Strich keine Treibhausgasemissionen mehr emittieren. Dazu braucht es einen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und sozial gerechte Massnahmen in allen Sektoren.

2. Kostenloser Zugang zu Verhütung und Abtreibung

Verhütungsmittel sollen für alle kostenlos zur Verfügung stehen. Der Schwangerschaftsabbruch muss aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden und für alle frei zugänglich sein. Die Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch liegt immer bei der schwangeren Person selbst.

3. Offene Grenzen für alle Menschen

Einige Menschen können frei in andere Länder reisen oder emigrieren, anderen wird diese Freiheit verwehrt, sogar dann, wenn sie flüchten müssen. Unser langfristiges Ziel ist deswegen eine Welt mit offenen Grenzen für alle. Jetzt sofort sollen Menschen auf der Flucht weltweit besser geschützt werden, die Situation von Geflüchteten und Migrant*innen in der Schweiz muss sich fundamental verbessern.

4. Antikapitalistische Wirtschaft

Die Schweiz muss aus der kapitalistischen Wirtschaftslogik aussteigen. Statt unendlichem Wachstum und rücksichtsloser Profitmaximierung soll eine intakte Umwelt und das Wohlergehen aller Menschen zur ersten Priorität der Wirtschaft werden.

5. 100% nachhaltige Landwirtschaft

Heute werden in der Landwirtschaft viel zu viele Pestizide eingesetzt, die Böden leiden unter Überdüngung und Treibhausgasemissionen aus der Tierhaltung befeuern die Klimakrise. Dazu kommen ca. 30% Food-Waste, lange Transportwege und übermässige Verpackungen. Was es stattdessen braucht ist eine regionale, saisonale, biologische und überwiegend pflanzliche Landwirtschaft. Die Landwirt*innen müssen bei dieser Transformation und im Umgang mit den Folgen der Klimakrise unterstützt werden, für die Konsument*innen müssen ökologische und gesunde Lebensmittel erschwinglich sein.

6. Bedingungslose Existenzsicherung

Grundlegende Güter und Dienstleistungen wie Wohnraum, Lebensmittel oder Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sollen allen Menschen in der Schweiz bedingungslos zur Verfügung stehen. Das schafft eine umfassende soziale Absicherung und ermöglicht zudem allen, sich ehrenamtlich zu engagieren oder Angehörige zu pflegen.

7. 24-Stunden-Woche

Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn spart Ressourcen und ermöglicht den Menschen, sich für persönliche und gesellschaftliche Themen einzusetzen. Die Zeit, die durch neue Technologien wie künstliche Intelligenz gewonnen wird, soll den Arbeiter*innen zu gute kommen. Die riesigen gesellschaftlichen Herausforderungen können nur überwunden werden, wenn Menschen mehr Zeit für sich und ihre Mitmenschen haben.

8. Konzernverantwortung jetzt

Schweizer Unternehmen müssen auch im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards gemäss internationalem Recht einhalten. Wenn sie dagegen verstossen, sollen sie dafür vor Schweizer Gerichten verurteilt werden können und Schadenersatz zahlen.

9. Bürger*innenrechte für alle

Alle in der Schweiz lebenden Personen sollen wählen und abstimmen dürfen, denn von politischen Entscheidungen sind alle betroffen. Die politischen Rechte und die soziale Absicherung sollen weder von der Familie abhängen, in die ein Mensch zufällig hineingeboren wird, noch soll es dafür einen langwierigen, teuren Einbürgerungsprozess brauchen.

10. Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung

Um gegen Rassismus, Sexismus, Ableismus, Hass gegen LGBTQIA+ und alle anderen Formen von Diskriminierung vorzugehen, soll es Aufklärungskampagnen, besseren rechtlichen Schutz und mehr finanzielle Mittel für Unterstützungsstellen geben.

11. Abschaffung Geschlechtseintrag

Trans, inter, non-binäre und andere genderqueere Menschen sollen besser geschützt werden. Das heutige binäre Geschlechtersystem macht diese Personen unsichtbar und entspricht nicht der Realität. Deswegen soll der Geschlechtseintrag abgeschafft werden. Geschlechtsspezifische Diskriminierung muss weiterhin erfasst und bekämpft werden.

12. Bürger*innenrat statt Ständerat

Ein Bürger*innenrat ist ein Rat, der so zusammengesetzt ist, dass er die Bevölkerung der Schweiz möglichst gut abbildet und ein per Los ermittelter Rat. Heute werden nur die Kantone repräsentiert, dabei sind das nicht mehr die relevantesten Minderheiten: Stattdessen sollen im neu geschaffenen Rat Merkmale wie Geschlecht, Alter, Herkunft und Vermögen berücksichtigt werden.